



© bazonline.ch 26.03.2009

Landrat sagt Ja zu kantonalem Richtplan

(sda)

Der Baselbieter Landrat hat am Donnerstag den Kantonalen Richtplan (KRIP) verabschiedet. Die heissesten Eisen wurden herausgelöst und Entscheide darüber vertagt. Gleichwohl entzündete sich unter anderem eine erneute Südumfahrungsdebatte.

Nach einer fast gantztägigen Debatte hiess der Rat den Richtplan mit 75 zu 4 Stimmen gut. Der vom Rat damit beschlossene Plan war bereits der dritte Entwurf für einen KRIP: Zwei frühere Entwürfe von 2005 und 2006 hatten nach harscher Kritik in der Vernehmlassung wieder zurückgezogen werden müssen.

Aus dem Plan vorderhand herausgelöst wurden die strittigen Fragen der Südumfahrung im Leimental und der Abtretung von Kantonsstassen an die Gemeinden. Dies hatte die Bau- und Planungskommission des Rats beantragt, um nicht ein Referendum zu provozieren und den Plan als Ganzes zu gefährden. Der Rat folgte diesem Vorgehen.

Erneute Südumfahrungsdebatte

Im Falle der Südumfahrung tat er dies indes nicht ohne erneuten Schlagabtausch. Die Kommission hatte beantragt, statt einer blossen Trasseesicherung der Regierung einen Planungsauftrag zu erteilen, Lösungsvarianten - samt Öffentlichem Verkehr - zu prüfen. Innert fünf Jahren nach der Bundesgenehmigung des KRIP soll der Landrat eine neue Vorlage erhalten.

Die FDP, unterstützt von der SVP, verlangte jedoch die Sicherung des Südumfahrungs-trassees im Plan: Es brauche die Umfahrung, und die Option solle offen bleiben. SP, Grüne und die CVP/EVP-Mehrheit sagten dagegen,

der Planungsauftrag bringe rascher Lösungen, und andernfalls drohe der gesamte Richtplan am Referendum zu scheitern.

Der FDP-Antrag fiel mit 48 zu 35 Stimmen durch. Klar angenommen wurde aber ein weiterer FDP-Antrag, die Regierung zu beauftragen, nötigenfalls mit einer Planungszone die Freihaltung des Trassees gegen allfällige Veränderungen zu sichern. Mit dem Versuch, auch die Frist für die neue Umfahrungsvorlage zu verkürzen, scheiterte die FDP jedoch.

Seilziehen um Siedlungsbegrenzung

Im Weiteren gerungen wurde vor allem um die Siedlungsbegrenzungslinien zwischen Siedlungs- und Naturvorranggebieten. Die SVP wollte sie aus dem Richtplan entfernen: Die Linien stimmten nicht mit den Zonenplänen überein, und sie seien nicht «parzellenscharf» eingezeichnet.

Ähnlich votierte die CVP/EVP-Fraktion. Dagegen stemmten sich aber SP und Grüne: Auf eine klärende Vernehmlassung bei den Gemeinden zu verzichten und jetzt das Blatt aus der Vorlage zu kippen, sei nicht sauber. Ausserdem sei der Landschaftsschutz im Plan ohnehin nicht so stark wie eigentlich nötig, hiess es.

Schliesslich stimmte der Rat einem Kompromissantrag des Kommissionspräsidenten zu. Demnach soll die Regierung zur genauen örtlichen Festlegung der Siedlungsbegrenzungslinien innert zwei Jahren eine neue Vorlage erstellen.

Tageskommentar von Michael Rockenbach

Lange genug gewuchert

Als einer der letzten Kantone erhält das Baselbiet nun endlich klare Vorgaben für das weitere Wachstum.

Mut- und konzeptlos bastelte die Baselbieter Baudirektion während Jahren am Richtplan. Erst im dritten Anlauf präsentierte die frühere Baudirektorin Elsbeth Schneider (CVP) 2007 einen Entwurf, der zumindest halbwegs überzeugte: Endlich wurden die Agglomeration als Wachstumsgebiet definiert und dem baulichen Wildwuchs auf dem Lande Grenzen gesetzt. In unzähligen Sitzungen musste die vorberatende Landratskommission trotzdem noch weitere Verbesserungen vornehmen. Ihr wichtigster Vorschlag: Das hoch umstrittene Milliardenprojekt der Südumfahrung von Allschwil nach Aesch sei aus dem Richtplan zu streichen. Die Gefahr eines Referendums schien damit gebannt. Bis gestern, als SVP und FDP in der entscheidenden Landratsdebatte

forderten, dass das Projekt der Südumfahrung wieder in den Richtplan aufgenommen werden soll. Und sich die gleichen Parteien auch noch gegen eine klare Begrenzung der Siedlungsgebiete wehrten. Damit drohte wieder ein Referendum. Und das Veto des Bundes, an dem das ganze Planwerk hätte scheitern können. Gut, dass es die Mehrheit im Landrat nicht so weit kommen liess und die beiden unsinnigen Anträge nach einer epischen Debatte ablehnte. Damit erhält nun auch das Baselbiet als einer der letzten Kantone einen Richtplan – und klare Vorgaben für die weitere Entwicklung der Baugebiete und die gezielte Ansiedlung neuer Einkaufszentren. Das ist eine erste Voraussetzung, um die Zersiedlung zu stoppen und die Verkehrsflut einzudämmen – zwei Phänomene, die dem Landkanton seit dem Bauboom in den 50er- und 60er-Jahren arg zugesetzt haben.

So kann sich das Baselbiet entwickeln

Der Landrat hat den kantonalen Richtplan nach zwei gescheiterten Anläufen genehmigt

Hannes Hänggi

Die weitere Entwicklung im Baselbiet wird künftig durch ein 110 Seiten mächtiges Planwerk geregelt: den kantonalen Richtplan. Darin sind die Ziele, aber auch die Grenzen der Entwicklung im Kanton für die nächsten Jahre vorgegeben.

Wie werden die Dörfer und Städte im Kanton künftig aussehen? Wie sind sie erschlossen? Welche Energie beziehen sie? Wie gross sind die sie umgebenden Naturschutzgebiete? Auf all diese Fragen hat der gestern vom Baselbieter Landrat genehmigte kantonale Richtplan eine Antwort parat. Doch es war eine Zangengeburt. Während andere Kantone längst einen Richtplan verabschiedet haben, zog sich der Entstehungsprozess im Baselbiet über viele Jahre hin. Noch unter

der ehemaligen Baudirektorin Elsbeth Schneider wurde das Mammutwerk in Angri

genommen. Zwei Entwürfe scheiterten 2005 und 2006, weil sie in der Vernehmlassung Prügel von allen Seiten einstecken mussten. Selbst das Bundesamt für Raumentwicklung hat die ersten beiden Richtplanentwürfe als mangelhaft taxiert. Denn der Kanton überliess die Lenkung der Siedlungsentwicklung den Gemeinden. Damit war eine der wichtigsten Aufgaben eines Richtplans nicht erfüllt.

KOMPROMISS. Im dritten Entwurf wurde dieser Mangel nun behoben – und erntete prompt auch Lob bei den zuvor kritisierenden Umweltverbänden. Zwar ist zum Beispiel der WWF Region Basel mit dem jetzigen Richtplan auch nicht ganz glücklich, weil beim Landschaftsschutz Abstriche gemacht wurden. Aber insgesamt handle es sich um einen akzeptablen Kompromiss, wie WWF-Geschäftsführer Jost Müller sagt. Doch nicht nur der WWF ging Kompromisse ein, sondern

alle politischen Interessenvertreter. Das wurde auch gestern bei der fast ganztägigen Debatte im Landrat offensichtlich. «Wir sind bereit, mit diesem Richtplan zu leben», sagte etwa Urs Hintermann (SP). Die SP habe zwar Abstriche machen müssen, «doch das betraf alle». Einen wesentlichen Beitrag zu diesem Kompromisswerk leistete Rolf Richterich (FDP), der Präsident der landrätlichen Bau- und Planungskommission. Diese hat nämlich den von der Regierung im Juni 2007 vorgelegten dritten Entwurf während 22 Sitzungen und gut 1000 Arbeitsstunden detailliert überarbeitet. Dabei wurden die heikelsten Punkte aus dem Gesamtwerk herausgelöst: die Südumfahrung und das Abtreten der Kantonsstrassen an die Gemeinden. In separaten Vorlagen sollen nun diese umstrittenen Probleme behandelt werden. Denn es bestand die Gefahr, dass wegen dieser beiden Punkte das Referendum gegen den Richtplan ergriffen worden wäre. «Wir wollten aber den Richtplan nicht als Ganzes gefährden», so Richterich.

ZWÄNGEREI. Da wirkte es wie Zwängerei, als gestern Vertreter von FDP und SVP die Südumfahrung trotzdem wieder in den Richtplan aufnehmen wollten. Und prompt kündigte CVP-Landrätin und

Südumfahrungsgegnerin Elisabeth Schneider das Referendum an. Der Antrag der Bürgerlichen wurde aber mit 48 zu 35 Stimmen verworfen. Noch ein zweites Mal drohte der Richtplan im letzten Moment zu scheitern. Denn wiederum Vertreter von SVP und FDP wollten gleich das ganze Objektblatt «Siedlungsbegrenzung» aus dem Richtplan kippen. Die roten Linien, mit denen die Grenzen zwischen Siedlungsgebieten und Naturschutzgebieten gekennzeichnet sind, waren ihnen nicht geheuer. Ob aber das Bundesamt für Raumentwicklung einen Baselbieter Richtplan ohne Siedlungsbegrenzung abgesegnet hätte, ist mehr als fraglich. Doch auch hier einigte sich der Rat auf einen Kompromiss, bei dem der Regierungsrat innert zwei Jahren die Siedlungsbegrenzung festlegen soll.

Somit dürfte der Bewilligung des Baselbieter Richtplans durch den Bundesrat nichts mehr im Weg stehen. Auch ein Referendum wird von keiner Organisation ergriffen. «Darüber bin ich froh», sagte Richterich, «nun haben wir für die nächste Generation festgelegt, was mit dem Kanton passieren soll.»

Trasse freigehalten für Südumfahrung

Das Projekt wird weiter separat behandelt

INDIVIDUALVERKEHR. Nebst der Siedlungsentwicklung nimmt im kantonalen Richtplan die Planung des Verkehrs eine wichtige Stellung ein. So wird in einer Gesamtschau abgeschätzt, wie sich der Verkehr künftig entwickeln wird und wo Handlungsbedarf besteht. Unbestritten Handlungsbedarf beim Individualverkehr besteht bei Angenstein. Der Neubau des Muggenbergtunnels bei Aesch ist denn auch im Richtplan enthalten, die umstrittene Südumfahrung aber nicht. So wollte die Bau- und Planungskommission ein Referendum der Südumfahrungsgegner abwenden. Die Planung der Südumfahrung wird nun in einer separaten Vorlage behandelt. Innerhalb von fünf Jahren muss die Regierung abklären, ob es Alternativen gibt, oder ob die Südumfahrung tatsächlich die beste Lösung für die Verkehrsprobleme im Leimental ist. Der Landrat ging aber auf Nummer sicher und beauftragte die Regierung, das Trasse der Südumfahrung wenn nötig mit einer Planungszone zu sichern.
